

# Blüm: Die politische Kleingeisterei muß für geraume Zeit ein Ende finden, weil wir jetzt unser Jahrhundertsschicksal entscheiden

**Der Vorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, erklärt: „Deutschland erlebt bewegende Stunden und Tage; Stunden und Tage, wie wir sie in diesem Jahrhundert vielleicht nicht noch einmal haben werden. Die Frage der nationalen Identität aller Deutschen steht auf der Tagesordnung. Hier gibt es kein Ausweichen mehr.**

Die Chancen für ein Deutschland ohne Mauer sind so groß wie nie. Der Traum, daß alle Deutschen in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollenden werden, kann Wirklichkeit werden. Die Mauer fällt, und die Freiheit siegt: Diesem Ziel waren wir noch nie so nah wie heute.

Die Bürger in der DDR haben sich dies Schritt um Schritt erkämpft. Unter großen persönlichen Risiken mit der bewundernswerten Disziplin sind sie ihrem Ziel der Selbstbestimmung ein entscheidendes Stück näher gekommen.

40 Jahre lang hat man den Menschen in der DDR die selbstverständlichsten Menschenrechte verweigert. Dies kann und muß sich jetzt ändern!

Weil die Chancen für alle Deutschen so groß sind, ist es jetzt an der Zeit, alle parteipolitischen Fragen zurückzustellen. Die Parteien, alle gesellschaftlichen Gruppen müssen jetzt zeigen, daß sie dieser einzigartigen Herausforderung gewachsen sind und zusammenstehen.

**Kleinkarierte parteitaktische Streitereien müssen ein Ende haben, damit die anstehenden Probleme in Ruhe bewältigt werden können. Die politische Kleingeisterei muß für geraume Zeit ein Ende finden, weil wir jetzt unser Jahrhundertsschicksal entscheiden.“**

## Wahlen bei der OMV

Anfang Oktober 1989 fand in Neuss die Landestagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen statt. Auf dieser Landestagung wurde mit großer Mehrheit der bisherige Landesvorsitzende Dr. Herbert Hupka wiedergewählt. Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden gewählt:

Eugen Brysch, Unna  
Rüdiger Goldmann MdL, Düsseldorf  
Rudi Pawelka, Leverkusen  
Dr. Walter Priesnitz, Rhein-Sieg-Kreis  
Maria-Elisabeth Schiebuhr, Köln.



## CDU-Flugblattaktion:

# Renten gesichert – Raus Taktik gescheitert

Mit einer landesweiten Flugblattaktion würdigte die CDU NRW die führende Rolle des CDU-Landesvorsitzenden, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, bei der Ausarbeitung des Rentenreformgesetzes, das am Donnerstag im Deutschen Bundestag verabschiedet worden ist.

**„Norbert Blüm hat dafür gesorgt, daß die Renten auch in Zukunft sicher sind. Mit diesem Reformwerk hat die CDU ihre sozialpolitische Kompetenz erneut unter Beweis gestellt“,** schreibt CDU-Generalsekretär Helmut Linssen in einem Begleitbrief an die CDU-Kreisvorsitzenden. Gleichzeitig wies Linssen auf die Spaltungsversuche des selbsternannten Versöhnners Johannes Rau hin, der aus rein wahlkampfaktischen Gründen den parteienübergreifenden Kompromiß bei diesem Reformwerk verhindern wollte. „Aber er konnte sich damit nicht durchsetzen, weitsichtige Frauen und Männer in der SPD folgten in der Rentenfrage nicht Rau, sondern Norbert Blüm.“

Das Flugblatt hat folgenden Wortlaut:  
**Geschafft: Die Rentenreform steht. Auch SPD stimmt zu.**

Eine wichtige Nachricht für alle Rentnerinnen und Rentner: Sie können sich darauf verlassen, daß die Renten auch in Zukunft sicher bleiben und pünkt-

lich gezahlt werden. Dafür hat die CDU mit der Rentenreform gesorgt.

Nach Post- und Gesundheitsreform ist sie das dritte große Reformvorhaben dieser Legislaturperiode. Sie wurde mit dem Stimmen von CDU/CSU, FDP und SPD gemeinsam verabschiedet. Eine Koalition von vier demokratischen Parteien hat zustande gebracht, was viele ihnen nicht oder nicht mehr zutrauen, nämlich ein gemeinsames Reformwerk. Unter Leitung von Norbert Blüm haben sich die Vertreter der vier Parteien geeinigt.

Rentenpolitik ist eben keine Sache nur für eine Legislaturperiode, sondern stellt die Weichen für Generationen. Deshalb hat die CDU sich immer dafür eingesetzt, die Rentenreform aus dem parteipolitischen Streit herauszuhalten und dafür zu sorgen, daß diese Reform von demokratischen Parteien gemeinsam getragen wird. Dieses Ziel ist jetzt erreicht. Es ist ein erneuter eindrucksvoller Beweis für die Konzeptionsfähigkeit der CDU in der Sozialpolitik.

**PS: Noch im Frühjahr versuchte Rau einen Konsens aller demokratischen Parteien zur Rentenreform zu verhindern, aber er konnte sich in der SPD damit nicht durchsetzen. Weitsichtige Frauen und Männer in der SPD folgten in der Rentenfrage nicht Rau, sondern Norbert Blüm.**



# Auszüge aus der Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Worms zur aktuellen deutschlandpolitischen Situation

Wir erleben in diesen Tagen den Siegeszug der Freiheit: Der Drang der Menschen auch in der DDR nach Freiheit und Selbstbestimmung hat sich Bahn gebrochen, die Menschen in der DDR, in Polen und in Ungarn haben den Beweis angetreten, daß Dogmen und vermeintlich allmächtige staatliche Apparate überwindbar sind.

Gleichzeitig hat sich erwiesen, daß der Sozialismus kommunistischer Prägung, daß Planwirtschaft und Gleichmacherei untauglich sind, die Bedürfnisse der Menschen, seien sie geistiger oder materieller Art, auch nur in Ansätzen angemessen zu befriedigen.

Bei aller Freude und aller begründeten Hoffnung, die wir mit allen Menschen teilen, müssen wir uns auch heute noch hüten, in eine unbegründete Euphorie zu fallen.

In diesen Tagen und Wochen, in denen wir Ereignisse registrieren, die von welthistorischer Bedeu-

tung sind, gilt es auch, einen klaren Kopf zu behalten, die Geschehnisse nüchtern zu analysieren und mit vorschnellen Prognosen zurückhaltend zu sein.

Wir tun gut daran, uns des 17. Juni 1953 ebenso zu erinnern, wie des Aufstandes der Ungarn im Jahre 1956, des Prager Frühlings im Jahre 1968 und der Verhängung des Kriegsrechts in Polen im Jahre 1980. Im Lichte dieser brutalen Eingriffe einer Diktatur wird zweierlei sichtbar, vor dem wir bewundernd und anerkennend stehen:

Der Kampf gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit, mutig aufgenommen, endet mit dem Sieg der Freiheit.

Wir haben deshalb keine Veranlassung, uns bei dieser geschichtlichen Betrachtung heute in Pessimismus zu ergeben.

Die Zeiten sind heute andere, die jetzige Epoche ist letztendlich eingeleitet worden mit der Politik



von Herrn Gorbatschow und diese wäre undenkbar, gäbe es die Einigung des Westens nicht und hätte die Bundesrepublik nicht alle Konsequenzen aus unserer Westbindung bis hin zum NATO-Doppelbeschluß gezogen. Herr Gorbatschow hat dies nicht nur erkannt, sondern die entsprechenden Konsequenzen mit seiner Politik der Öffnung gezogen.

Das Rad der Geschichte läßt sich nicht mehr zurückdrehen, insbesondere die Menschen in der DDR, in Ungarn und in Polen haben ein neues Selbstbewußtsein entwickelt, die machtvollen friedlichen Demonstrationen in der DDR haben gezeigt, daß der gemeinsame Wille zu Freiheit und Selbstbestimmung Berge versetzen kann.

Aus diesem Grunde haben unsere deutschen Landsleute in der DDR wie auch einige unserer osteuropäischen Nachbarn jetzt eine große Chance, die Chance zu mehr Freiheit und zu mehr Demokratie.

Allen Menschen in Europa und über Europa hinaus eröffnet diese Entwicklung die Chance zur Überwindung der Teilung der Welt in den derzeit noch bestehenden Blöcken und damit auf ein zukünftiges friedliches Miteinander der Völker in Europa, und wie wir hoffen: alle unter einem gemeinsamen europäischen Dach.

Die außergewöhnliche Situation fordert gemeinsame Anstrengungen, doch die Sünden der SPD

in der Vergangenheit dürfen nicht vergessen werden. Das müssen sich insbesondere die vorhalten lassen, die in der Vergangenheit mit Ratschlägen und Kommentaren zur Deutschlandpolitik nicht geizt haben. Es ist eben nicht nur „über die sehr eigentümliche Wechselbeziehung von Einheit und Freiheit in unserer Geschichte nachgedacht worden“, wie Bundespräsident Heinemann es formuliert hat, sondern, es wurde gefordert, die heute schon überholten Machtstrukturen als Realitäten anzuerkennen.

Deshalb ist auch in dieser Stunde die Wahrheit untrennbar mit der Frage verbunden: was heute wäre, wenn wir diesen Ratschlägen und Empfehlungen gefolgt wären. Ich nenne nur einige davon:

■ Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR,

■ Wiedervereinigung als Lebenslüge der Zweiten Republik (so **Willy Brandt** noch im September 1988),

■ Wiedervereinigung sei objektiv und subjektiv eine Lüge, Heuchelei und politische Umweltverschmutzung (so **Egon Bahr** noch im November 1988),

■ ich erinnere an das gemeinsame Papier Ihrer Partei mit der SED des Herrn Honecker (erstellt unter Federführung von **Erhard Eppler** im Jahr 1987),



■ ich erinnere an den Vorschlag aus Ihren Reihen, das Wiedervereinigungsgebot aus dem Grundgesetz zu streichen.

Ich kann mir vorstellen, daß Sie heute mit diesen Thesen und Forderungen nicht mehr gern konfrontiert werden, wenn ich an die Tagesordnung und den Tagungsort Berlin für Ihren kommenden Bundesparteitag denke.

Angeichts der heutigen Entwicklungen werden die ganze Orientierungslosigkeit und die fundamentalen Fehleinschätzungen der Deutschlandpolitik Ihrer Partei deutlich.

Wenn man nach den Ursachen für die Entwicklung in der DDR sucht, dann muß man sich die Entwicklung in jüngster Zeit vor Augen führen.

Und dies bedeutet, der Tatsache ins Auge zu sehen, daß die Betonköpfe der SED noch die Bationen des realen Sozialismus verteidigt haben, als Gorbatschow schon lange Glasnost und Perestroika verkündet hatte, als in Polen bereits die Solidarnosc die Macht errungen hatte, als Ungarn bereits den Weg der Demokratie beschritten hatte und als erstes Land des Ostblocks den Stacheldraht durchschnitten hatte.

Ich darf Sie daran erinnern, Herr Rau, daß die Mauer ihre schreckliche Funktion der Einsperung der Menschen in der DDR bereits verloren hatte, weil die Menschen den Weg in die Freiheit

über die Tschechoslowakei und über Ungarn gefunden hatten.

Es waren eben nicht Helsinki und Deutschlandvertrag, es waren auch nicht die intensiven Gespräche mit der SED, die zu der jetzigen Entwicklung geführt haben. Es waren vielmehr die Vorgänge in Rußland und im Ostblock, es war der Freiheitswille der Bürger in der DDR, es waren ihre machtvollen Demonstrationen, die den Reformprozeß eingeleitet haben.

Dies, ist die Wahrheit.

Und wenn Sie ganz ehrlich sind, müssen Sie dann nicht zugeben, daß auch die SPD erst durch den Gang der Ereignisse zu einer deutschlandpolitischen Kurskorrektur gebracht worden ist? Eine Kurskorrektur übrigens zurück zu Kurt Schumacher, Ernst Reuter und Gustav Heinemann.

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Rede Gustav Heinemann zitiert, der noch 1973 am Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes festgehalten hatte.

Sie, Herr Rau, haben mit diesem Zitat versucht, die Irrwege der Deutschlandpolitik in Ihrer Partei zu verschleiern.

Der Appell des ehemaligen Bundespräsidenten, dies muß man leider sagen, war allerdings mit den deutschlandpolitischen Forderungen Ihrer Partei bis vor einigen Wochen nicht in Einklang zu bringen. Herr Ministerpräsident, bei aller Verpflich-



tung der demokratischen Parteien in der Bundesrepublik, gemeinsam nach wirksamer Hilfe für unsere Landsleute in der DDR zu suchen und parteipolitische Erwägungen dabei in den Hintergrund zu stellen: Um eine wahrheitgemäße und schonungslose Analyse der wirklichen Ursachen für die Entwicklung in der DDR kommen wir nicht herum, diese Aufarbeitung können wir Ihnen auch nicht ersparen. Wir kommen auch an der Erkenntnis nicht vorbei, daß die Gewährung politischer Freiheiten untrennbar verbunden ist mit einer Wirtschaftsordnung, die der Phantasie und der Kreativität der einzelnen Menschen Raum gibt, und diese Wirtschaftsordnung kann nach den bitteren Erfahrungen im sogenannten realen Sozialismus nicht die Planwirtschaft sein.

Meine Damen und Herren von der SPD, es ist Ihnen überlassen, welche Schlußfolgerungen Sie hier für Ihre programmatischen Aussagen in der Wirtschaftspolitik treffen.

Wir als CDU halten es in der aktuellen Situation für unsere Pflicht, öffentlich deutlich Position zu beziehen und ein Bekenntnis zu unseren Grundsätzen abzugeben. Es ist dann Sache der Menschen in der DDR, ob oder in welcher Form sie sich diese Grundsätze zu eigen machen und ob sie mit uns in einen Gedankenaustausch eintreten.

Für uns als CDU ist dies das Bekenntnis

■ zur parlamentarischen Demokratie,

■ zum freiheitlichen Rechtsstaat,

■ zur Sozialen Marktwirtschaft,

■ zu einer freien, pluralistischen Gesellschaft.

Dies ist für uns die Basis für ein Leben der Menschen in Freiheit, in Selbstverantwortung und im Wohlstand.

Die CDU steht in einer langjährigen Kontinuität der Deutschland- und Europapolitik.

Wir stehen zum Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes, wir achten aber in gleicher Weise das Selbstbestimmungsrecht der Menschen in der DDR, die selbst zu entscheiden haben, in welcher staatlichen Ordnung sie leben wollen.

In der momentanen Situation brauchen wir eine Vielzahl von konkreten Hilfen, wir brauchen einen kühlen Kopf, denn Euphorie und Überschwang sind keine guten Ratgeber. Wir brauchen aber auch klare Vorstellungen und Visionen bei allen Unwägbarkeiten, die wir in Rechnung stellen müssen. Unsere Vision als Deutsche kann nur sein: Ein Deutschland in einem Europa ohne Mauern, Stacheldraht und Grenzbarrieren.

Wir stellen uns ein Europa der Regionen vor, ein Europa mit einer freiheitlichen Verfassung, ein demokratisches Europa mit einer liberalen Wirtschaftsverfassung sozialer Prägung, ein Europa mit einer pluralistischen Gesellschaft, in dem alle Menschen in Frieden und Freiheit und ohne Bedrohung zusammenleben können.



CDU-Anhörung:

# Konzertierte Aktion gegen Pflegenotstand gefordert

Die Situation der häuslichen Kranken- und Altenpflege in Nordrhein-Westfalen war am Freitag Gegenstand einer vierstündigen Anhörung der CDU-Landtagsfraktion in Düsseldorf. Die Anhörung, an der rund 200 Vertreter von Wohlfahrtsverbänden, Sozialstationen, Krankenkassen und Berufsverbänden teilnahmen, machte erhebliche, bereits heute bestehende Versorgungslücken und gravierende Probleme der kommenden Jahre deutlich.

„Das Land Nordrhein-Westfalen ist heute zum Schlußlicht unter den deutschen Bundesländern bei der Förderung von Fachkräften in der häuslichen Kranken- und Altenpflege geworden. Bei nur einem Mitarbeiter auf 5000 Einwohner ist eine menschenwürdige Versorgung oft nicht mehr sichergestellt“, erklärte der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Hermann-Josef Arentz.

Von allen Teilnehmern der Anhörung wurde deshalb eine konzertierte Aktion zur Durchsetzung einschneidender Maßnahmen gefordert. Dabei wurde als ein dringend erforderliches Notprogramm gefordert:

**1** Verbesserung des Personalschlüssels von 1:5000 auf 1:3500. Das bedeutet konkret 10 Mio. mehr für die Mitarbeiter in den Sozialstationen.

**2** Einführung der längst überfälligen Ausbildungsvergütung für die Altenpflege und Erhöhung der Zahl der Aus-

bildungsplätze in Nordrhein-Westfalen von 3500 auf 5000.

**3** Förderungsmaßnahmen für Menschen, die in den Pflegeberufen zurückkehren wollen oder ihn in der Lebensmitte neu erlernen wollen, da allein durch Berufsanfänger der dramatisch steigende Bedarf an Fachkräften in der Pflege nicht mehr gedeckt werden kann.

**4** Stärkere Unterstützung von pflegenden Familien durch Bereitstellung geeigneter Hilfsmittel (z. B. Pflegebetten), Gesprächsgruppen pflegender Angehöriger und Einrichtung kostenfreier Kursangebote der häuslichen Pflege.

Massiv gewarnt wurde von den Teilnehmern vor dem Versuch der Landesregierung, die gemeindenahere psychiatrische Versorgung den Sozialstationen aufzutragen, ohne sie dafür fachlich und finanziell ausreichend zu unterstützen.



CDU kritisiert „schulpolitischen Sozialplan“ der Landesregierung:

## Die Rotstiftpolitik geht weiter

Der Kabinettsbeschluß zur Frage der Lehrereinstellungen für 1990 stellt nach Ansicht der nordrhein-westfälischen CDU eine „bedauerliche Fortsetzung der Rotstiftpolitik der Landesregierung“ dar. Wie ihr schulpolitischer Sprecher Herbert Reul ausführte, stehen der geplanten Neueinstellung von 1830 Lehrern allein 2800 Stellen gegenüber, die durch das Ausscheiden von Lehrerinnen und Lehrern bis Ende 1990 wegfallen werden.

Reul wörtlich: „Wir werden in Nordrhein-Westfalen am Ende des Jahres 1990 1000 Lehrer weniger haben als Ende 1989. Der Kabinettsplan zur Neueinstellung von Lehrern ist also nichts anderes als ein schulpolitischer Sozialplan, der die Probleme an unseren Schulen nicht löst, sondern sogar noch verschärft. Denn die von uns geforderte Neueinstellung von 3000 Lehrern ist das absolute Minimum, wenn man den weiteren Unterrichtsausfall stoppen und Spielraum für dringend notwendige Soforthilfen schaffen will.“

In besonders scharfer Form kritisierte Reul die ungerechte Verteilung der neu einzustellenden Lehrer auf die einzelnen Schulformen. „Mit diesem Kabinettsbeschluß setzt sich die SPD dem Vorwurf aus, den von ihr behaupteten ‚Niedergang‘ des gegliederten Schulwesens durch eine bewußte Verelendungsstrategie herbeizuführen“, erklärte Reul. Der CDU-Politiker belegte diesen Vorwurf mit einem Hinweis auf die tatsächlich zu erwartende Entwicklung bei der Lehrerversorgung in den einzelnen Schulformen. So würden z. B. Ende des Jahres 1990 im Bereich der Hauptschule 420 Lehrer weniger unterrichten als Ende 1989 (Gymnasium: —390 Lehrer, berufsbildende Schulen: —250 Lehrer, Realschule: —230 Lehrer, Grundschule: —100 Lehrer), während die Gesamtschulen ein objektives Plus von 220 neuen Lehrerstellen verzeichnen könnten. Reul: „Die SPD mißbraucht die Neueinstellungen, um die ohnehin privilegierte Gesamtschule weiter aufzupäppeln.“

## Termine

25. 11. 1989

Landesvertreterversammlung  
Stadthalle

Münster-  
Hiltrup

27. 11. 1989 18.30 Uhr

WIV BV Ruhrgebiet  
Informationsveranstaltung  
„Berufliche Aus- und Weiterbildung  
für Soldaten“  
(Auskünfte: Herr Lehnen,  
Tel. [02 11] 1 36 00 50)

Unna